

WIEN - SIMMERING



Wien, 20. September 2017

BR Cornelia Bauernhofer

An die Bezirksvertretung für den 11. Bezirk Enkplatz 2 1110 Wien

Ich erlaube mir folgenden

Antrag

zu stellen und ersuche um Beschlussfassung:

Die zuständigen Stellen mögen die Verkehrssituation hinsichtlich der Errichtung eines Schutzweges bei der Überquerung der Hallergasse auf Höhe der Trinkhausstraße überprüfen.

Begründung:

Da dieser Straßenbereich bereits zum Schulgelände der VS Simoningplatz zuzurechnen ist, aus dem Wohngebiet Hallergasse bereits reger Straßenverkehr herrscht und aus dem Wohngebiet Trinkhausstraße/Leopold-Abelles-Gassse/Fuchsröhrenstraße ebenfalls viele Kinder diese VS besuchen, ist die Errichtung von Maßnahmen hinsichtlich einer sicheren Querung der Hallergasse in diesem Bereich empfehlenswert.





BR Cornelia Bauernhofer



WIEN - SIMMERING



Wien, 20. September 2017

KO BR Sonja Bauernhofer BR Stephan Promont

An die Bezirksvertretung für den 11. Bezirk Enkplatz 2 1110 Wien

Wir erlauben uns folgenden

Antrag

zu stellen und ersuchen um Zuweisung in die Verkehrskommission:

Die zuständigen Stellen werden ersucht im Kreuzungsbereich Swatoschgasse#Leberstraße eine Ampelanlage zu installieren.

Immer wieder kommt es im oben genannten Kreuzungsbereich zu brandgefährlichen Situationen zwischen Fußgängern und Autofahrern. Zuletzt passierte an dieser Kreuzung ein tragischer Verkehrsunfall, wobei ein Kleinkind schwer verletzt wurde.



Quelle: Google Maps

KO BR Sonja Bauernhofer BR Stephan Promont



SA

WIEN - SIMMERING

Wien, 20. September 2017

BR Harald Nepras BV-Stv Katharina Krammer BR Patrick Horn BR Mario Zuzan

An die Bezirksvertretung für den 11. Bezirk Enkplatz 2 1110 Wien

Ich erlaube mir folgenden

Antrag

Der amtsführende Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung Dr. Michael Ludwig wird ersucht, die Vergabe von gefördertem Wohnbau und Gemeindebauten an Asylwerber zu untersagen.

Begründung:

Durch das Anmieten von privaten Wohnungen durch Hilfsorganisationen wie die "Caritas" mit Unterstützung der "Stadt Wien" durch den "Fond Soziales Wien", sowie die Vergabe von Gemeindewohnungen für Asylwerber, werden die Mietpreise mit Spendenund Steuergelder unnötig weiter in die Höhe getrieben und somit für österreichische Wohnungssucher nicht mehr leistbar. Es ist an der Zeit, dass die Stadt Wien für die Österreicher wieder Verantwortung übernimmt um eine menschenwürdige Unterbringen wohnungssuchender Staatsbürger sicherzustellen.

BR Harald Nepras BV-Stv Katharina Krammer BR Patrick Horn BR Mario Zuzan



SA

WIEN - SIMMERING

Wien, 20. September 2017

BR Harald Nepras
BR Patrick Horn
BR Christian Tuller
BR Christian Mantler

An die Bezirksvertretung für den 11. Bezirk Enkplatz 2 1110 Wien

Ich erlaube mir folgenden

Antrag

zu stellen und ersuche um Zuweisung an die Umweltausschuss:

Die zuständigen Magistratsabteilungen werden ersucht, in den Parkanlagen Objekte mit diversen Graffiti-Vandalismus-Schäden und Objekte auf denen sich Graffiti Bemalungen anbieten mit abwaschbarer Farbe zu versehen.

Begründung:

Immer wieder werden Parks mit Graffiti Bemalungen, wie kürzlich im neugestalteten Park in der Hallergasse verunstaltet. Die komplexe Reinigung verschlingt sehr viel Steuergeld. Daher wird empfohlen die Objekte mit abwaschbarer Farbe zu versehen um den Reinigungsaufwand so gering wie möglich zu halten.

BR Harald Nepras

BR Patrick Horn

BR Christian Tuller

BR Christian Mantler



SA

WIEN - SIMMERING

Wien, 20. September 2017

BR Harald Nepras BV-Stv Katharina Krammer BR Mario Zuzan BR Christan Tuller

An die Bezirksvertretung für den 11. Bezirk Enkplatz 2 1110 Wien

Die unterfertigten Bezirksräte der Freiheitlichen Partei stellen gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Wiener Bezirksvertretung, für die Sitzung der Bezirksvertretung Wien-Simmering folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Simmering fordert dass in Österreich straffällig gewordene Personen aus anderen Herkunftsländern (innerhalb und außerhalb der EU) ihre Haftstrafe im jeweiligen Herkunftsland verbüßen sollen.

Begründung:

Mehr als 54 Prozent der Insassen in österreichischen Gefangenenhäusern sind ausländische Staatsbürger. Derzeit sitzen beispielsweise mehr als 600 Serben, knapp 600 Rumänen, 300 Ungarn, knapp 250 Slowaken und fast hundert Bulgaren hierzulande in Strafhaft ein. Die Straftäter sollen auf Kosten ihrer Herkunftsländer mit den dortigen Gepflogenheiten resozialisiert werden. Darüber hinaus sollen die Herkunftsländer für die Vollzugskosten ihrer Landsleute aufkommen.

Anm.:

Ein Hafttag im österreichischen Vollzug kostet dem Steuerzahler pro Kopf € 123,12.

BR Harald Nepras BV-Stv Katharina Krammer BR Christan Tuller BR Mario Zuzan